Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus*

Fatale Allianzen auf dem deutschen Sonderweg zur wissenschaftlichen Exzellenz

Richard Münch

Bund und Länder werden also die Exzellenzinitiative zur Förderung der Spitzenforschung an den deutschen Universitäten mit einer »Exzellenzstrategie« fortsetzen. Schon das aus dem Management-Sprech entlehnte Vokabular lässt unmissverständlich erkennen, dass es mehr um Marketingerfolge als um den tatsächlichen wissenschaftlichen Fortschritt geht. Die von Politikern und Wissenschaftsfunktionären meist gebrauchte Formel der Lobpreisung dieses Programms ist ja ganz auf dieser Linie die medial inszenierte Erhöhung der internationalen Sichtbarkeit der Forschung in Deutschland. Wer etwas von dem Geldfluss von jährlich 533 Millionen € abbekommt, kann sich freuen und in den Lobgesang der Forschungspolitik einstimmen. Es scheint ja auf der Hand zu liegen, dass 533 Millionen € mehr auch um genau diesen Betrag mehr neue Erkenntnisse pro Jahr hervorbringen werden.

Wer will sich ob dieser Großzügigkeit der Politik beklagen? So einfach ist es allerdings nicht. Die Exzellenzinitiative ist nämlich Teil einer globalen Entwicklung, die man als Transformation des Wissenschafts- und Hochschulsystems in einen akademischen Shareholder-Kapitalismus deuten kann. Am weitesten ist diese Entwicklung in den USA vorangeschritten. Deutschland hinkt ihr etwa 20 Jahre hinterher. Da die USA eine hegemoniale Stellung im globalen Feld der Wissenschaft einnehmen, sehen sich alle anderen Regionen und Länder der Welt gezwungen, ihre eigenen System-

^{*} Ann. der Redaktion: Leicht überarbeitete Version des Beitrags zum DGS-Blog vom Mai und Juni 2016 (http://soziologie.de/blog/2016/).

strukturen an das hegemoniale Modell anzugleichen, ohne dass dadurch eine Verbesserung der eigenen Leistungsfähigkeit und Stellung im globalen Feld garantiert ist. Es ist auch leicht möglich, dass nicht die Vorteile des globalen Modells mit den Vorteilen der eigenen Strukturen verbunden werden, sondern dessen Nachteile mit den Nachteilen des alten Systems eine fatale Allianz eingehen.

In Deutschland zeigen sich deutliche Merkmale einer solchen fatalen Allianz. In den USA sehen wir eine exorbitant gewachsene Stratifikation des Hochschulsystems mit der Errichtung eines Oligopols der privaten Elite-Universitäten. Es zeigt sich ein verschärfter Gegensatz zwischen akademischem Kapital und akademischer Arbeit. Die Fakultäten mit ihren genuin wissenschaftlichen Kriterien guter Arbeit in Forschung und Lehre werden durch ein übermächtig gewordenes Hochschulmanagement entmachtet. Dieses Management überträgt die eigenen Kontrollbedürfnisse auf Forschung und Lehre und stellt die eigenen Karrierechancen über die akademische Freiheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Diese in den USA weit fortgeschrittene Entwicklung verbindet sich jetzt in Deutschland mit der feudalen Tradition der Lehrstuhlstrukturen. Zugleich erodieren die Vorteile eines Hochschulsystems, das bewusst auf die Bildung einer sich fortlaufend selbst reproduzierenden, von der breiten Masse abgesetzten Elite verzichtet, horizontal breit ausdifferenziert ist und durch den föderalen Pluralismus ausgeprägt multipolar ohne Zentrum/Peripherie-Differenzierung strukturiert ist.

In der folgenden Analyse wird diese Tendenz zu einer fatalen Allianz neuer und alter Strukturen näher beleuchtet, indem die Entwicklung in den USA in den letzten 20 Jahren als Modell dient und reflektiert wird, was für Deutschland im Fahrwasser der Exzellenzstrategie zu erwarten ist. Dabei erweist sich das Milliardenspiel der Champions League im europäischen Fußball als hilfreiches Modell für die Analyse der globalen Champions League der Wissenschaft, die von internationalen Rankings wie dem Shanghai-Ranking und dem Times-Higher-Education-Ranking in die Welt gesetzt wurde. Vier Entwicklungstrends werden diskutiert:

- (1) Brain gain für wenige auf Kosten des brain drains für viele,
- (2) ein sich verschärfender Gegensatz von Kapital und Arbeit im akademischen Betrieb und das Entstehen eines neuen akademischen Proletariats,

- (3) Forschung und Lehre im Dienst der Profitmaximierung einer wuchernden universitären Administration,
- (4) Differenzierung in Eliten- und Massenbildung.

Zwei Faktoren erklären, warum diese Entwicklung trotz ihrer unübersehbaren negativen Konsequenzen für Wissenschaft und Gesellschaft von Politikern und Wissenschaftsfunktionären unbeirrt vorangetrieben wird:

- die Narrative der erhöhten Ansprüche an Accountability und der Knappheit öffentlicher Finanzen,
- (2) Forschungs- und Hochschulpolitik im Zirkel politischer Selbstreferenz.

Abschließend wird gezeigt, dass die Orientierung an den USA die für die Entwicklung der Wissenschaft als globales System eher hinderliche Seite der Differenzierung in Elite und Masse zum Vorbild nimmt, dagegen genau diejenigen Strukturen, die deren Dynamik ausmachen, ignoriert.

1. Vier Entwicklungstrends

1.1 Brain gain für wenige, brain drain für viele. Wer hat den Nutzen davon?

Geld an sich bringt ja noch keine neuen Erkenntnisse hervor. Es kann ja einfach nur mehr vom Gleichen produziert werden. Dann sind die jährlich 533 Millionen € der Exzellenzstrategie für die Katz. Dass das nicht geschieht, soll genau dadurch erreicht werden, dass das frische Geld nicht nach dem »Gießkannen-Prinzip« verteilt wird, sondern nur an wenige Standorte fließt, wo schon genug Forschungspotenz vorhanden ist, die dann mit der Exzellenz-Förderung materiell und symbolisch aufgeladen wird. Das Modell dafür sind Harvard, Stanford & Co. Es sollen nur die »Besten« gefördert werden, auf dass sie noch besser werden, vor allem aber besser gesehen werden. Das ist dasselbe wie bei der europäischen Fußball-Champions-League. Die besten Teams haben inzwischen durch Fernseh-, Sponsoren-, Investoren- und Eintrittsgelder und entsprechende millionenschwere Aufrüstung ihres Personals einen so großen Abstand zum restlichen Fußballvolk geschaffen, dass der Wettbewerb de facto auf die letzten drei Spiele – zwei Halbfinalspiele und ein Finale – in den Monaten April und Mai beschränkt ist. Da nur einer gewinnen kann, war die Aufrüstung für die anderen am Ende nutzlos, siehe FC Bayern München in den letzten drei Jahren mit Pep Guardiola. Die Monate davor wird das sündhaft teure Personal nur zu Showzwecken benötigt, wenn sich die Spitzenteams auf Werbetour durch die Provinz befinden, ohne ernsthaft gefordert zu werden.

So wie sich der FC Barcelona einen Messi, einen Neymar und einen Suarez, Real Madrid einen Ronaldo, einen Bale und einen Benzema und Bayern München einen Lewandowski, einen Müller, einen Ribéry (und Costa) und einen Robben (und Coman) mit Ablösesummen bis zu 100 Millionen € und Gehältern bis zu 25 Millionen € pro Jahr im Sturm leisten können, so können auch Harvard, Stanford & Co. jeden Spitzenwissenschaftler einkaufen und damit sicherstellen, dass sie bei der Vergabe der Nobelpreise erfolgreicher als alle anderen Universitäten abschneiden. In diesem sehr einseitigen Sinn schießt Geld dann doch Tore, allerdings nur für diejenigen, die genug davon haben.

Der akademische Kapitalismus erzeugt einen brain gain an wenigen Standorten und an vielen anderen Standorten einen brain drain, ein Phänomen, das den Gewinn der Wenigen mit einem Verlust der Vielen erkauft und im Allgemeinen als unerwünscht gilt. Dem Überfluss der Wenigen steht eine intellektuelle Ödnis der restlichen Welt gegenüber. Es ist erstaunlich, wie wenig Sensibilität dafür im gegenwärtigen Hype der »Exzellenz-Förderung« aufgebracht wird. Dabei wäre es eigentlich völlig gleichgültig, wo in der Welt neue Erkenntnisse entstehen, solange wissenschaftliches Wissen noch als Kollektivgut gilt. Das ist allerdings im akademischen Kapitalismus zunehmend gefährdet, weil die Technologie-Transfer Offices darüber wachen, dass die Forscherinnen und Forscher erst einmal ihre Erkenntnisse in renditeträchtige Patente oder Lizenzen umsetzen, bevor sie der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (Slaughter, Rhoades 2004). Das führt de facto zu einer Verlangsamung der Wissensevolution, weil viel Zeit vergeht, bis eine neue Erkenntnis von anderen Forscherinnen und Forschern geprüft, reflektiert und weiterentwickelt werden kann (Ginsberg 2011: 187 f.).

Es zeigen sich deutlich die Züge eines akademischen Shareholder-Kapitalismus, für den symbolische Gewinne zur bestmöglichen Positionierung in Ratings und Rankings wichtiger sind als reale Fortschritte der Erkenntnis und der Persönlichkeitsbildung der Studierenden (Brown 2015a). Der Schein ist wichtiger als das Sein. Es kommt auf die richtige Fassade des Qualitätsmanagements an, um in diesem Spiel bestehen zu können. Die Finanzabteilungen der Universitäten werden ausgebaut, nehmen das Heft in die Hand und unterwerfen alle akademischen Tätigkeiten einer an der Stei-

gerung des Shareholder-Value im Sinne der Ranking-Position der Universität orientierten strikten Kontrolle (Engelen, Fernandez, Hendrikse 2014).

Im akademischen Shareholder-Kapitalismus werden WissenschaftlerInnen, ManagerInnen, Studierende und Geldgeber zu Investoren, die insbesondere darauf setzen, dass der symbolische Wert ihrer Investitionen gesteigert wird, indem die Universität, das Department, das Forschungszentrum oder der Studiengang, in die sie investieren, symbolische Gewinne im Sinne der positiven Nennung in den Medien, der Bewertung durch Evaluatoren, durch Ratings und Rankings und durch andere Investoren erzielen. Mit ihrer Wirkung der Verstetigung von Rangplätzen übernehmen Rankings in diesem Spiel die Funktion, für die Investoren Sicherheit darüber zu gewähren, dass ihre aktuellen Investitionen auch in der weiteren Zukunft noch die erwartete Rendite abwerfen. Dafür sorgt die »Reaktivität« von Rankings: Alle orientieren sich daran, sodass sie sich im Sinne einer self-fulfilling-prophecy immer wieder selbst bestätigen (Espeland, Sauder 2007). Was sich hinter den symbolischen Gewinnen verbirgt und mit welchen Methoden sie erreicht werden, ist sekundär im Verhältnis zur primären virtuellen Realität der Symbolik. Dementsprechend sind alle Aktivitäten des Hochschulmanagements auf den Fassadenbau - »image polishing« (Ginsberg 2011: 52 ff.) – ausgerichtet, der für eine erfolgreiche Selbstdarstellung in der von den Medien beherrschten Öffentlichkeit notwendig ist, heutzutage natürlich einschließlich der Sammlung von ¿Likes‹ in den sozialen Medien (vgl. Goffman 1971). Über den Erfolg im Wettbewerb entscheidet die zirkuläre Akkumulation von symbolischem und materiellem Kapital, dabei profitieren die Erfolgreichen vom brain gain, während die Erfolglosen durch brain drain noch weiter abgehängt werden.

Wer dieses Spiel gut findet, argumentiert, dass die Konzentration so vieler Milliarden – bei Harvard waren es 37,6 Milliarden \$ Stiftungsvermögen im Jahr 2015 – auf wenige, dadurch herausgehobene Standorte »funktional notwendig« ist, um überhaupt neue Erkenntnisse hervorbringen zu können. Das ist dasselbe, wie wenn man behaupten würde, dass es tatsächlich besser für den Fußball weltweit ist, wenn wenige Vereine ein unermesslich hohes Budget haben und alle anderen mit einem viel geringeren Budget auskommen müssen, die einen Weltklassespieler horten und die anderen mit dem Mittelmaß auskommen müssen, sowie viele Weltklassespieler die meiste Zeit gar nicht spielen, sondern in Barcelona, Madrid oder München auf der Reservebank sitzen. Mit Sicherheit würde der Fußball davon profitieren, wenn das Geld gleichmäßiger verteilt wäre und Welt-

klassespieler nicht die Bank drücken, sondern auf dem Feld stehen und in vielen Vereinen das Spiel bereichern würden. Dasselbe gilt für die Verteilung von Stiftungsvermögen und Spitzenwissenschaftlern auf Universitäten. Die Harvard-Milliarden und die Spitzenwissenschaftler weltweit auf zehn Universitäten verteilt, würden für mehr Dynamik im System sorgen als ihre Konzentration auf nur einen Standort. Das ist so, weil es auch in der Wissenschaft eine optimale Größe gibt, jenseits derer jeder weitere investierte Euro dem Gesetz des sinkenden Grenznutzens unterworfen ist.

Wie bei der Fußball-Champions-League führt der Kampf um die bestmöglichen Rangplätze in den Rankings zu immer größerer Ungleichheit, zur Überinvestition in der Spitze und zur Unterinvestition bei der breiten Masse. Nach dem von Robert Merton (1968) identifizierten Matthäus-Effekt werden Erfolge kumulativ in immer größere Erfolge umgesetzt. Das globale System der Wissenschaft ist in diesem Fall weniger leistungsfähig als bei einer gleichmäßigeren Verteilung von Personal- und Sachmitteln, weil sich ein kurvilinearer, umgekehrt u-förmiger Effekt von Investitionen und Ertrag bemerkbar macht. Die breite Masse hat zu wenig Mittel, um leistungsfähig zu sein, die Spitze hat mehr als benötigt wird, um effektiv arbeiten zu können (Jansen et al. 2007; Münch 2014: 223 ff.). Die extrem ungleiche Verteilung der Mittel wird nicht für die Leistungssteigerung des gesamten Systems benötigt, sondern für die symbolische Absetzung einer im akademischen Luxus lebenden Elite von der mäßig ausgestatteten Masse. Die Protagonisten der Exzellenzstrategie erhoffen sich allerdings vergeblich, dass eine jährliche Finanzspritze von 30 Millionen € die TU München zum ernsthaften Konkurrenten von Harvard, MIT & Co. macht, so wie auch ein größerer Anteil des FC Bayern München an den Fernsehgeldern der Bundesliga diesem Verein ermöglichen würde, dem FC Barcelona, Real Madrid oder Manchester United die größten Fußballtalente auf dem Weltmarkt wegzuschnappen. Nur leider ist der Abstand der TU München zu Harvard, MIT & Co. auch mit Exzellenzgeldern viel größer als derjenige des FC Bayern München zu seinen Konkurrenten in der Fußball-Champions-League. Deshalb ist der logische weitere Schritt in die Richtung des akademischen Shareholder-Kapitalismus der Ruf nach der Förderung einer Sponsoren-Kultur durch kräftige Steuersenkungen, sodass es genügend Philanthro-Kapitalisten gibt, die ihr überflüssiges Geld lieber in »ihre« Universität stecken, statt es einem »ineffizient« wirtschaftenden Staat für Bildungs- und Sozialausgaben zu überlassen.

1.2 Der Gegensatz von Kapital und Arbeit und das neue akademische Proletariat

Zum akademischen Kapitalismus gehört ein sich zunehmend verschärfender Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, ganz im Sinne der Kapitalismusanalyse von Karl Marx. Die symbolischen und materiellen Gewinne der mit immer größerem Kapitaleinsatz betriebenen Forschung beruhen auf einem hohen Maß der Ausbeutung von jungen Forscherinnen und Forschern in prekärer, befristeter Beschäftigung auf Projektstellen ohne echte Karrierechancen in entfremdeter Arbeit. Man kann dazu mit Marx sagen: »Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein fremdes Wesen, als eine von den Produzenten unabhängige Macht gegenüber.« (Marx 1968: 511) Diane Reay, Professorin für Bildungssoziologie an der Universität Cambridge, hat dieses Los der Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter im akademischen Kapitalismus prägnant auf den Punkt gebracht:

»There is now an even wider gulf between academic labour and academic capital. Subordinate workers, overwhelmingly women, service those who generate academic capital, overwhelmingly men. The appropriation of one's intellectual labour remains a constant hazard for research staff, becoming a normative, routine practice within the academy. Junior research staff are vital to the professional status and career advancement of grant holders (academics on stable contracts). There is a clear process of intellectual extraction in which the labours of research staff both in the field and outside of it are converted into both academic and symbolic capital, which accrue to the project directors rather than the researcher.« (Reay 2014)

Unter den ausgebeuteten Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeitern des akademischen Shareholder-Kapitalismus sind viele Juwelen, die ihre Kreativität gar nicht zum Wohle der Wissenschaft entfalten können, weil sie erstens viel zu lange in die wissenschaftliche Massenproduktion ohne eigenen Gestaltungsfreiraum eingezwängt sind und zweitens im Kollektiv und in vorauseilendem Gehorsam Aufsatz für Aufsatz nach demselben standardisierten Strickmuster produzieren müssen, um im *peer review* der High Impact Journals ja nicht anzuecken. Für Paul Feyerabends (1993) Plädoyer »Against Method« gibt es hier keinen Platz. Unter dem Kontrollregime neoliberaler Gouvernementalität (Foucault 2006) werden sie frühzeitig und dauerhaft zu einem Habitus der subalternen Konformität erzogen. Dem in ihnen steckenden Potenzial für Kreativität wird von vornherein der Garaus gemacht. In diesem Wettbewerb wird Konformität im höchsten Maße prämiert und so dem Erkenntnisfortschritt systematisch das Wasser abgegraben. Die Imboden-Kommission zur Evaluation der Ex-

zellenzinitiative hat das sogar erkannt, hat sich aber offensichtlich nicht dazu durchringen können, daraus auch den Schluss zu ziehen, dass die Exzellenzinitiative kein Programm zur Förderung der Innovationskraft der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Fortschritts ist, sondern ein Programm zur Errichtung von wettbewerbsverzerrenden Oligopolstrukturen, das nur dem Oligopol nutzt, aber nicht der Wissenschaft, denn der Fortschritt der Erkenntnis steht und fällt mit den eigenständigen Entfaltungsmöglichkeiten jeder neuen akademischen Generation.

Der akademische Shareholder-Kapitalismus hat inzwischen auch zunehmend ein akademisches Lehrproletariat geschaffen, das im Schatten des wissenschaftlichen Starkults und der Lehrdeputatsreduktion der gestressten Forschungsmanager von Exzellenzclustern und Sonderforschungsbereichen den Studienbetrieb aufrechterhält. In den USA und in Großbritannien ist das inzwischen zu einem viel beklagten Problem geworden. Das Hochschulmanagement kalkuliert dort eiskalt, dass sich mit wenigen hoch bezahlten Stars und erfolgreichen Einwerbern von Drittmitteln einschließlich lukrativem Overhead, die sich kaum in der Lehre engagieren, am meisten Prestige gewinnen lässt, während man die Lehre billigeren Teilzeitkräften überlassen kann, am besten sogar einfach auf Abruf auf der Basis von Zero-Hours Contracts. Für die USA stellt Ginsberg (2011: 136) fest, dass in den 1970er Jahren noch 67% des akademischen Personals Tenure oder Tenure Track Faculty waren, inzwischen aber nur noch 30%. Der Großteil der Lehre wird jetzt von den Lehrbeauftragten der sogenannten Adjunct oder Contingent Faculty erbracht. Sie machen in Ginsbergs Augen die Arbeit, während das in der Zahl explodierte Verwaltungspersonal, das als treibende Kraft der Kapitalakkumulation wirkt, kaum etwas Sinnvolles zu tun hat und deshalb auch abwesend sein könnte, ohne dass es bemerkt wird:

»Generally speaking, a million-dollar president could be kidnapped by space aliens and it would be weeks or even months before his or her absence from campus was noticed. Indeed, if the same space aliens also took all the well-paid deanlets and deanlings, their absence would also have little effect on the university. It would simply be assumed that they were all away on retreat. The disappearance of the contingent faculty, on the other hand, would have a real impact on students' lives.« (Ginsberg 2011: 164).

1.3 Forschung und Lehre im Dienst der Profitmaximierung einer wuchernden universitären Administration

Wie der Kapitalismus den Fußball als Sport erledigt und durch ein Milliarden-Spiel ersetzt hat, so ist auch der freie Wettbewerb um Erkenntnisfortschritt unter Bedingungen der Chancengleichheit einer idealen Sprechsituation (Habermas 1971) in der Wissenschaft ein Opfer des Milliarden-Spiels des akademischen Shareholder-Kapitalismus geworden. Forschung wird zu einer Sache strategischer Allianzen einschließlich wachsender Beteiligung industrieller Großinvestoren (Cooper 2009; Vallas, Kleinman 2009), Bildung eine Sache der Humankapital-Produktion. Unter den Erfolgsbedingungen dieses Spiels muss der kritische Geist aus den akademischen Hallen vertrieben werden, um dem kalten Geschäft der akademischen und symbolischen Profitmaximierung Platz zu machen. Dazu gehört auch der massive Ausbau eines administrativen Marketing- und Kontrollapparats zur Selbstdarstellung und Positionierung nach außen und zur Kontrolle durch das Panoptikum (Foucault 1977) eines minutiösen »Qualitätsmanagements« nach innen. Unter der gewachsenen, auf Profitmaximierung ausgerichteten Kontrolle der Universitätsadministration leiden in den USA insbesondere die Professorinnen und Professoren der breiten Masse staatlicher Universitäten, während sich die selbstbewussten Fakultätsmitglieder der Eliteuniversitäten noch mehr Freiräume bewahren können (vgl. Vallas, Kleinman 2008: 305), zum Beispiel noch genug Platz für Kurse in den Liberal Arts im Bachelor-Studium haben. Akademische Freiheit bleibt der Elite vorbehalten. An den mittel- und nachrangigen Colleges haben dagegen die Administratoren das Heft in der Hand und ersetzen Kurse in Liberal Arts durch jede Menge an Kursen mit direktem Praxisbezug, einschließlich Kursen zum Erlernen von »life skills« (Ginsberg 2011: 170 ff.), zum Entsetzen der Professorinnen und Professoren der Humanities, die sich als eine aussterbende Spezies sehen, »the last professors« (Donoghue 2008).

Der Ausbau des administrativen Apparates erfolgt auf Kosten einer angemessenen Grundausstattung der Universitäten mit wissenschaftlichem Personal für Forschung und Lehre. In den USA wird beklagt, dass in den 20 Jahren zwischen 1985 und 2005 die Zahl der BA-Absolventen um 47% gestiegen ist, die Professorenschaft um 50%, die Zahl der höherrangigen Administratoren jedoch um 85% und die Zahl ihrer administrativen Mitarbeiter um exorbitante 240% (Ginsberg 2011: 28). Dabei bedeutet das Wachstum der Administration offensichtlich in erster Linie, dass die Universität zum Opfer einer Menge von Parasiten wird, die – wenn sie nicht gerade mit

»image polishing« oder »fund raising« (natürlich auch zum eigenen Wohl) beschäftigt sind (Ginsberg 2011: 52 ff.) – sich die Zeit mit allerlei zweckloser Beschäftigung vertreiben:

»To fill their time, administrators engage in a number of make-work activities. They attend meetings and conferences, they organize and attend administrative and staff retreats, and they participate in the strategic planning processes that have become commonplace on many campuses.« (Ginsberg 2011: 41).

Die mächtigste Position ist diejenige des Provost (oder auch Vice-Chancellor), die es in Deutschland (noch) gar nicht gibt. Die am ehesten vergleichbare Position des Kanzlers ist nach wie vor rein administrativer Natur. Beim amerikanischen Provost handelt sich um den strategischen und operativen Leiter der Hochschuladministration in allen akademischen Angelegenheiten von Forschung und Lehre. Er ist die starke Hand des Präsidenten in diesen Angelegenheiten, der wie dieser auf der eigenen Karriereleiter in erster Linie den Aufstieg in die nächst höhere Liga im Auge hat. Die Gehälter sind dementsprechend hoch, deutlich über den Professorengehältern. Sie können bei den Präsidenten in der Spitze jährlich bis über eine Million \$ reichen, bei den Vizepräsidenten und den Provosts bis 200.000 \$. Im Vergleich zum professionellen Management einer amerikanischen Universität handelt es sich deshalb selbst bei den inzwischen per Gesetz und mit dem Segen des Wissenschaftsrats gestärkten Hochschulleitungen in Deutschland noch um ziemlich machtlose Instanzen. Von ihnen wird erwartet, was sie überhaupt nicht leisten können, weil ihnen dazu (noch) die Macht fehlt.

Das Ziel des Provost einer amerikanischen Universität ist nichts anderes, als seine Universität im Ranking von *US News & World Report* ein paar Ränge nach oben zu bringen, damit er sich nach vier bis fünf Jahren erfolgreich auf die Provoststelle an einer etwas höherrangigen Universität bewerben und dort ein höheres Gehalt beziehen kann. Dasselbe Ziel verfolgen die über zahlreiche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter verfügenden Vice-Provosts und Associate Provosts, um im nächsten Karriereschritt die Stelle eines Provost zu ergattern. Provosts kommen, um die Professorenschaft mit neuen, natürlich auch an vielen anderen Orten eingesetzten – das heißt vielfach kopierten – Instrumenten der Indikatorensteuerung zu drangsalieren, um schon bald wieder einem Nachfolger Platz zu machen, der das Spiel von vorne beginnt (Tuchman 2009: 69 ff.).

Größte Bedeutung hat die Steigerung des Budgets durch Forschung, die Drittmitteleinnahmen, einen bis an 80% heranreichenden Overhead aus

diesen Einnahmen sowie Renditen aus Patenten und Lizenzen erbringt (Ginsberg 2011: 179 ff.), mit denen allerlei sündhaft teure Prestigeprojekte sowie alle möglichen Annehmlichkeiten für die Administratoren selbst finanziert werden können: »Generally speaking, faculty research must not only pay for itself, but is expected to produce the handsome surplus needed to pay for administrative salaries and other expenses.« (Ginsberg 2011: 184)

Das geschieht scheinbar zum Besten der Forschung und der Studierenden, untergräbt jedoch systematisch die Bedingungen freier Forschung und akademischer Persönlichkeitsbildung. Forschung dient dann allein der Generierung symbolischer Profite, Lehre der Produktion von ökonomisch verwertbarem Humankapital, in das Studierende zwecks Erzielung größtmöglicher Renditen investieren. Ein Ausflug in die freie Betätigung des kritischen Geistes kann da nur schaden. Unter der Regie der Hochschuladministration sind Forschung und Lehre mit ihren genuin wissenschaftlichen Kriterien nicht mehr das Ziel, sondern das bloße Mittel, um Profit in Gestalt von Drittmitteleinnahmen, Overhead, Patenten, Lizenzen und Studiengebühren zu erzielen.

Mit den stagnierenden und in Relation zu den gewachsenen Studierendenzahlen sogar schrumpfenden Grundmitteln ist die strategische Einwerbung von Drittmitteln in Allianzen und großen Verbundprojekten zum Königsweg des administrativen Erfolgs geworden. In Deutschland wird dieser Trend maßgeblich durch den übergroßen Anteil der sogenannten »Koordinierten Programme« von Forschungszentren, Sonderforschungsbereichen, Graduiertenkollegs und Exzellenzclustern an der Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt. Von der Wissenschaftsforschung wissen wir jedoch längst, dass Innovationen in der Wissenschaft insbesondere von kleinen Forschungsteams zwischen zwei und sechs Personen mit einer guten Grundfinanzierung ohne ständige Beschäftigung mit der Einwerbung von Drittmitteln und von vielen unabhängig an vielen Standorten forschenden jungen Wissenschaftlern zu erwarten sind (Heinze et al. 2009).

Große Bedeutung haben auch die Einnahmen aus Studiengebühren. Mit der Steigerung des Prestiges – das sich an der Zulassungsquote zum Studium bemessen lässt, die in der Spitze bei drei bis vier Prozent liegen kann – können umso höhere, bis jährlich 50.000 \$ reichende Studiengebühren verlangt werden. Viele der Absolventen und Absolventinnen verlassen deshalb das College mit Schulden von 200.000 \$ und mehr, ohne zu

wissen, ob sie überhaupt jemals in der Lage sein werden, die Schulden vollständig abzubezahlen. Auch das ist ein wesentlicher Teil einer mit aller Macht auf die zirkuläre Akkumulation von materiellem und symbolischem Kapital zielenden Bildungsindustrie in den USA.

Das alles geschieht, wenn Forschung und Lehre nicht mehr als Herstellung eines öffentlichen Gutes verstanden werden, sondern nach dem neoliberalen Credo der Public-Choice-Theorie als Privatgut, in das private Akteure, einschließlich der Studierenden, investieren, um größtmögliche Renditen zu erzielen (vgl. Brown 2015a; 2015b: 175 ff.). Passend dazu transformiert die ökonomische Agency-Theorie die akademische Gemeinschaft von Lehrenden, Forschenden und Lernenden, die gemeinsam an der Wissensentwicklung und der Persönlichkeitsbildung arbeiten, in eine lose Ansammlung von Verträgen zwischen einzelnen Individuen, die jeweils ihren eigenen Profit maximieren. Die Studierenden werden in diesem Spiel zu Konsumenten degradiert, die bei der allein auf ihren Konsumentenstatus ausgerichteten zentralen Evaluation der Lehrveranstaltungen zwar ›Likes‹ und Dislikes verteilen dürfen, aber kein Wort bei der aktiven Gestaltung des Studiums mitzureden haben. Das ist Performativität der ökonomischen Theorie mit dem Effekt der unschöpferischen Zerstörung der akademischen Lebenswelt mit ihren eigenen, der Wissensproduktion und Persönlichkeitsbildung dienenden Regeln (MacKenzie, Muniesa, Siu 2007).

1.4 Differenzierung in Eliten- und Massenbildung

Eine bessere Grundausstattung der Universitäten würde dafür sorgen, dass endlich den Studierenden diejenige Betreuung gewährt werden kann, die eine Gesellschaft benötigt, die auf die Kreativität jeder neuen Generation in ihrer ganzen Breite angewiesen ist. Der massive Ausbau der Drittmittel an den Universitäten bei gleichzeitiger Stagnation der Grundmittel und wachsender Zahl der Studierenden hat zu einer systematischen Unterfinanzierung der Lehre bei gleichzeitiger Überfinanzierung der Forschung geführt. Der Prestigewettbewerb um die höchstmöglichen Drittmitteleinnahmen wird auf dem Rücken der im überfüllten Hörsaal allein gelassenen Studierenden ausgetragen. Die Studierenden hätten alles Recht auf ihrer Seite, sich dagegen aufzulehnen. Hier ist noch zu berücksichtigen, dass in Deutschland 40% der öffentlichen Forschungsgelder an die außeruniversitären Forschungseinrichtungen fließen, ohne dass davon ein Cent der universitären Lehre zur Verfügung steht. Auf lange Sicht sind jedoch gute Stu-

dienbedingungen viel entscheidender für die Zukunft eines Landes als eine weit überfinanzierte Forschung, die vielfach nur mehr vom Gleichen hervorbringt. Der Qualitätspakt Lehre und der Hochschulpakt von Bund und Ländern sind weit davon entfernt, dieses grundsätzliche Strukturproblem zu lösen. Die etwa 2,3 Milliarden €, die über diese beiden Pakte jährlich in die Hochschulen fließen, bringen wegen der steigenden Zahl von Studierenden keine wirkliche Verbesserung. Die Mittel werden außerdem überwiegend in den Ausbau von Stellen für Lehrkräfte in prekärer Beschäftigung investiert, weil nicht auf Dauer mit ihnen gerechnet werden kann. Die Exzellenzgelder setzen nun der Trennung von Forschung und Lehre zwischen den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den Universitäten noch die Trennung von Forschung und Lehre innerhalb der Universitäten obendrauf. Das ausschließlich in der Forschung beschäftigte Personal fehlt den Universitäten in der Lehre, die in immer größerem Umfang von Teilzeitkräften und Lehrbeauftragten bestritten wird.

Das Universitätsstudium ist durch systematische Unterfinanzierung zusammen mit der Modularisierung und Standardisierung der Bachelorstudiengänge zu einer Massenveranstaltung geworden, die keinen akademischen Ansprüchen mehr genügt. Um dieses selbst geschaffene Problem zu lösen, das es gar nicht geben müsste, wird nun durch die Kür von »Exzellenzuniversitäten« die Ausdifferenzierung eines Premiumsegments der Elitenbildung vorbereitet. Auch hier werden die heranwachsenden Generationen einem akademischen Monopoly-Spiel geopfert, von dem am Ende nur die Reichsten der Reichen profitieren, weil – wie in den USA gut zu beobachten ist – das vom Elternhaus ererbte ökonomische, soziale (Alumni-Privileg) und kulturelle Kapital maßgeblich über den Zugang zum Elitestudium entscheidet.

Das akademische Monopoly-Spiel wird nach der Forschung auch die Lehre erfassen. Dann werden die jetzt unter dem Deckmantel der Forschungsförderung etablierten acht bis elf »Exzellenzuniversitäten« auch die Türen ihrer Hörsäle und Seminarräume nur denjenigen Bewerbern öffnen, die mit genügend ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital ausgestattet sind. »Exzellenzuniversitäten« ohne »exzellente« Studierende sind ein Widerspruch in sich selbst, der zur Auflösung strebt. Michael Hartmann (2006, 2010) hat das klar und deutlich gezeigt. Das heißt aber, dass diese Universitäten zu den zentralen Institutionen der Produktion und Reproduktion einer von der Gesellschaft abgehobenen Elite werden. Dass das nicht im Interesse einer offenen und demokratischen Gesellschaft ist,

können wir schon lange in Frankreich, Großbritannien und den USA beobachten. In allen drei Ländern ist die Herrschaft von Eliten, die maßgeblich von einem unter den Bedingungen des akademischen Shareholder-Kapitalismus noch mehr als zuvor stratifizierten Hochschulsystem produziert und reproduziert werden, längst als ein Problem erkannt worden. Der Reichtum von Harvard & Co. ist nur die andere Seite der Armut in den innerstädtischen Ghettos der USA. Beide gehören zusammen wie zwei Seiten einer Medaille (vgl. Karabel 2005; Goffman 2014). Politiker und Funktionäre haben jetzt in Deutschland nichts Besseres zu tun, als verspätet auf einen Zug aufzuspringen, der uns genau dieselben hoch problematischen Verhältnisse beschert.

Dabei gibt es keine funktionale Notwendigkeit der Differenzierung in Eliten- und Massenbildung für das Prosperieren einer Gesellschaft. Deutschland ist der beste Beweis dafür. Wir können mit Sicherheit sagen, dass ein Absolvent der prestigereichen Stanford University nicht über 39 mal mehr Wissen verfügt als ein Absolvent der Universität Wien, wenn auch das Jahresbudget von Stanford 2012 bei 196.000 € pro Studierendem/Studierender lag und das der Universität Wien bei nur 5.000 €. Auch der MIT-Absolvent weiß nicht sechseinhalb mal mehr als der Absolvent der TU München, wie es der Budget-Unterschied zwischen 211.000 und 32.000 € pro Studierendem/Studierender nahelegt (Schenker-Wicki 2014: 21). Der Budget-Unterschied drückt allerdings einen entsprechenden Unterschied im symbolischen Wert des Diploms aus, woran man wieder erkennen kann, dass es bei diesem Wettbewerb auch bei den Studierenden nicht um die funktionalen Erfordernisse des Kompetenzerwerbs geht, sondern um Distinktionsgewinne, die sich wiederum in materielle Vorteile umsetzen lassen. Auch zwischen den Studierenden erzeugen Rankings einen Aufrüstungswettbewerb, bei dem es weniger um faktische Leistungssteigerung als um symbolische Prestigegewinne geht.

Bildung wird in diesem Wettbewerb verstärkt zu einem Positionsgut, bei dem Unterschiede im Fachwissen nicht die großen Einkommensunterschiede zwischen den Absolventinnen und Absolventen mit Zertifikaten von Universitäten auf unterschiedlichen Rangplätzen erklären können. Dazu gehört auch, dass weniger die bessere Wissensvermittlung durch die Universitäten an der Spitze die höheren Einkommen ihrer Absolventinnen und Absolventen erklärt, sondern die Tatsache, dass sie aufgrund ihrer begehrten Position in der Lage sind, die besten Studienanfänger zu rekrutieren. Diese bringen schon höchste Kompetenzen mit, sodass sie zusammen

mit dem Prestigetitel dieser Universitäten zwangsläufig auch die großen Gewinner auf dem Arbeitsmarkt sind.

Die eigentliche Wissensvermittlung durch die World Class Faculty, mit der um die besten Studierenden geworben wird, übt nur einen geringen, das erworbene Prestige jedoch einen sehr großen Effekt auf den beruflichen Erfolg aus. World Class Faculty ist auch so ein Begriff aus dem Arsenal des Management-Sprech, der das Akademische seiner Ehrwürdigkeit beraubt und auf die profane Ebene der strategischen ›Produktplatzierung« mittels großsprecherischer Marketing-Phrasen herunterzieht. Akademische Distinktion, die keiner eigenen Verlautbarung bedarf, um anerkannt zu werden, sieht sich durch ein profanes Marketing ersetzt, das mit Etiketten operiert, die mehr versprechen, als in ihnen steckt. Im Kampf um Aufmerksamkeit wird stets mehr >World Class(beansprucht, als überhaupt vorhanden sein kann. Der Begriff wird häufiger verwendet als es angemessen ist, nur wenige Mitglieder der World Class Faculty gehören zu den 20 Prozent aktivsten und meistzitierten Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern ihres Faches, nur wenige davon sehen die gewöhnlichen Studierenden regelmäßig im Hörsaal oder Seminarraum, nur wenige haben die Zeit und den Nerv, sich intensiv um sie zu kümmern, und ein nicht geringer Anteil des Lehrbetriebs der World Class Faculty wird von Hilfskräften bestritten, die allerdings möglicherweise mit besonderem Engagement mehr zustande bringen als uninteressierte World Class Faculty. Der Begriff suggeriert außerdem eine Kunst der Lehre, die es in der beanspruchten Überhöhung überhaupt nicht gibt. Sicherlich kann man mehr oder weniger gut lehren, was aber nicht mit den Forschungserfolgen einhergehen muss und was eben nicht auf einer so großen Spanne variiert, die von Weltklasse bis Kreisklasse reicht. Je mehr die Sprechblasen des Marketings die alten akademischen Hallen in Besitz nehmen, umso weniger wird allerdings ihre Leere erkannt und umso mehr definieren sie die neuen akademischen Spielregeln. Zu diesen gehört inzwischen auch die nach den alten Regeln peinliche Selbstvermarktung mit Balkendiagrammen, die auf der Homepage den aktuellen Stand der Zitationen der eigenen, meist mit vielen anderen zusammen publizierten Fachartikel wiedergeben.

Deutschland gibt mit der Exzellenzstrategie einen in der breiteren Gewährleistung von hoher akademischer Qualität als öffentlichem Gut und in dem Verzicht auf gezielte Elitenbildung liegenden institutionellen Vorteil auf, dem es maßgeblich seine intellektuelle, wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Innovationskraft verdankt. Ein weiterer institutioneller Vorteil Deutschlands ist der föderale Pluralismus, der einer eintönigen Stratifikation in Elite und Masse, Zentrum und Peripherie weichen muss.

2. Zwei Faktoren zur Erklärung der Trends

2.1 Die Narrative der erhöhten Ansprüche an Accountability und der Knappheit der öffentlichen Finanzen: Skizze einer Irreführung

Die Protagonisten der skizzierten Programmatik mit ihren fatalen Folgen für Wissenschaft und Hochschulbildung stützen sich insbesondere auf zwei Narrative: 1. erhöhte Ansprüche der Öffentlichkeit auf *Accountability* und 2. die Knappheit der öffentlichen Finanzen. Diese beiden Narrative gilt es zu hinterfragen, statt sie einfach als sakrosankt hinzunehmen. Und es ist zu prüfen, ob sich aus ihnen Maßnahmen ableiten lassen, die für die Wissenschaft ganz offensichtlich weit mehr Schaden als Nutzen bringen. Beide Narrative sind nicht vom Himmel gefallen, sondern Kern der neoliberalen Sicht auf den Staat und die Herstellung öffentlicher Güter.

Wenn der Staat so klein wie möglich gehalten werden soll und wenn dessen Tätigkeit grundsätzlich misstraut wird, dann fehlt ihm hinten und vorne das nötige Geld, sodass man meint, mit gutem Gewissen für eine höchst ungleiche Verteilung der öffentlichen Gelder sorgen zu dürfen, die sich jedoch gar nicht als so effizient darstellt, wie gerne behauptet wird. In den USA müssen außerdem angesichts der Knappheit der öffentlichen Kassen die Phylantro-Kapitalisten einspringen, um fehlende Steuergelder durch privates Sponsoring nach ihren eigenen, öffentlich nicht der Rechtfertigung bedürftigen Vorstellungen zu kompensieren. Und öffentliche Güter müssen so weit wie möglich durch private ersetzt und auf Märkten bzw. Quasi-Märkten gehandelt werden, um direkte Accountability herzustellen. Wohin das führt, sehen wir beispielhaft in den USA: zum Triumph des Marktes über die Demokratie und zur Plutokratie (Hacker, Pierson 2011).

Man kann durchaus akzeptieren, dass in Deutschland nicht 100 Universitäten in allen Fächern gleich gut ausgestattet werden können und 2,76 Millionen Studierende im Jahr 2016 viel höhere Kosten verursachen als 1,04 Millionen im Jahr 1980 oder gar nur 245.000 im Jahr 1965. Man kann es auch für richtig halten, dass Universitäten über ihre Leistungen Rechenschaft abzulegen haben. Daraus folgt jedoch noch lange nicht, dass man zu diesem Zweck artifiziell eine scharfe Trennung zwischen Elite und Masse

schaffen und ein Kontrollregime errichten muss, die zusammen Vielfalt und Kreativität ersticken und den Erkenntnisfortschritt blockieren, statt ihn zu fördern.

Das angebliche Problem mangelnder Accountability erweist sich bei genauer Betrachtung als eine neoliberale Konstruktion, der entgegenzuhalten ist, dass universitäre Forschung und Lehre im Hinblick auf ihre grundsätzliche Einrichtung und Verteilung auf Standorte der demokratischen Kontrolle bedürfen, im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit ihres Betriebes der bürokratischen, im Hinblick auf ihre Inhalte jedoch der professionellen Kontrolle, die durch vermachtete Märkte, betriebswirtschaftliches »Qualitätsmanagement« 4und Rankings sowie die Errichtung eines akademischen Shareholder-Kapitalismus schlichtweg zerstört wird. Hinter der neuen Programmatik erhöhter Accountability steckt das grundsätzliche Misstrauen, dass Professionen ihre Autonomie für ihre eigenen Interessen missbrauchen, auf Kosten ihrer Klienten und des Gemeinwohls. Das stattdessen errichtete Regime externer Kontrollen untergräbt jedoch systematisch die Bedingungen professioneller Arbeit im Dienste der Klienten und des Gemeinwohls. Das Gegenmodell dagegen sind nach wie vor professionelle Gemeinschaften, die das höchstmögliche Maß der Selbstkontrolle nach den Kriterien guter professioneller Arbeit ausüben. In der Wissenschaft ist das die genuine Aufgabe der Fachgesellschaften, die gefordert sind, den wachsenden externen Kontrollen eine effektive Selbstkontrolle entgegenzustellen, um sie mit guten Gründen abwehren zu können. Dagegen ist die wuchernde universitäre Administration der natürliche Träger externer Kontrolle, die jedoch den genuinen Kriterien guter Forschung und Lehre grundsätzlich nicht gerecht werden kann, weil sie nicht nach wissenschaftlichen, sondern nach administrativen Kriterien verfährt. Es zeigt sich darin ein sich zunehmend verschärfender Konflikt zwischen den Fachgesellschaften und den Hochschulleitungen.

Das angebliche Knappheitsproblem ist in Wahrheit ein Verteilungsproblem und wird durch Rankings maßgeblich verschärft. Geld fehlt vor allem für die universitäre Lehre, weil viel zu viel in die Forschung ohne Lehre gesteckt wird. Außerdem sind – bezogen auf die Größenverhältnisse in Deutschland – fünfzig mit der kritischen Masse ausgestattete Fachbereiche insgesamt leistungsfähiger als zehn überfinanzierte und vierzig unterfinanzierte. Ohne Rankings und ihre zwanghaft erzeugte eindimensionale Differenzierung in Ränge, auf die alle wie gelähmt starren, ist auch eine horizontale Differenzierung nach Profilen viel leichter möglich und der Sache angemessener, auch mit mehr oder weniger Gewicht von Forschung und

Lehre. Die Fixierung auf Stratifikation verringert zwangsläufig die horizontale Differenzierung des Hochschulsystems nach Profilen. Beides zusammen – wie es der Wissenschaftsrat gerne haben möchte – steht unter dem Diktat der Stratifikation durch Rankings und macht zwangsläufig minderwertig, was an sich nur anders ist als ein Großstandort der Forschung.

Schon jetzt ist zu beobachten, dass das vielfältige deutsche Hochschulsystem in den letzten zwanzig Jahren an horizontaler Differenzierung verloren hat, und zwar genau deshalb, weil mit dem durch Rankings erzeugten Wettbewerb alle zu demselben Erfolgsmuster streben und dabei die einen eben erfolgreicher sind als die anderen, ganz einfach, weil sie über die bessere Ausstattung für diesen einseitigen Wettbewerb verfügen (Baier 2016). Ohne diese zugleich homogenisierende und stratifizierende Wirkung von Rankings könnten wir wie bisher auch weiterhin ein Hochschulsystem haben, das sehr vielen unterschiedlichen Bedürfnissen dient und unter überhaupt keiner Knappheit leidet, weil nicht für alle Studiengänge und jede Forschung gleich viel Geld gebraucht wird. Wer weniger Geld benötigt, darf dann aber nicht gleich als minderwertiger betrachtet werden als diejenigen, die mehr Geld zur Verfügung haben. Genau diesen fatalen Irrtum begeht jedoch die Orientierung an Rankings, für die eben die Höhe der eingeworbenen Drittmittel ein rangdifferenzierender Indikator ist. Das kann auch von den Erstellern der Rankings noch so oft dementiert und relativiert werden. Sobald der Indikator in der Welt ist, führt er sein Eigenleben und lässt sich durch beschwichtigende Reden nicht mehr aus der Welt schaffen.

Rankings schaffen einen ›Winner-Take-All-Market, in dem sich extreme Einkommensunterschiede zwischen den absoluten Top-Positionen und dem Rest bilden, weil nur diese Positionen zählen (Frank, Cook 2010). Es gibt wenige Gewinner und viele Verlierer. Die Gewinner können Monopolrenten erzielen, sodass die Einkommensverteilung für das Gesamtsystem letztlich ineffizient ist. Rankings erzeugen Knappheit, wo ohne sie gar keine vorhanden wäre, schon deshalb, weil sie einen Wettbewerb um knappe Plätze an der Spitze entfesseln. Und weil dieser Wettbewerb letztlich durch verfügbares Kapital entschieden wird, findet eine unablässige finanzielle Aufrüstung statt, die Kapital weit über das funktionale Erfordernis hinaus verschwendet. An der Spitze herrscht fortwährend Knappheit, weil die Konkurrenten dort oben davonzueilen drohen. Der FC Bayern München kann noch so reich sein, er wird angesichts der Aufrüstung von Real Madrid & Co. immer zu wenig reich sein. Und weiter unten wird Eintracht

Frankfurt immer zu wenig haben, um sicher die 1. Liga halten zu können, im Vergleich zum FC Bayern München erst recht.

Auf die Wissenschaft übertragen heißt das, dass Harvard & Co. unablässig aufrüsten müssen, um die Position an der Spitze halten zu können, die UC Berkeley BP braucht, um einigermaßen mithalten zu können, und die staatlichen Universitäten im Mittelfeld Industriegelder benötigen und ihre Studiengebühren erhöhen müssen, damit sie nicht ganz untergehen. Der exorbitant steigende Kapitalbedarf dieses Systems ist nicht den funktionalen Erfordernissen von Forschung und Lehre geschuldet, sondern dem durch Rankings ins Unermessliche gesteigerten Aufrüstungswettbewerb. Die Kapitalakkumulation verselbständigt sich – wie schon von Marx (1970: 161 ff.) beschrieben – als ein um seiner selbst willen betriebener Prozess gegenüber der eigentlichen akademischen Tätigkeit, für die ohne den Aufrüstungswettbewerb gar kein so hoher Kapitalbedarf bestünde. Lionel Messi und Cristiano Ronaldo würden für jeweils 250.000 € Jahreseinkommen genauso gut spielen wie für die 75 bzw. 67 Millionen €, die sie im Aufrüstungswettbewerb der Champions League einschließlich Werbegeldern tatsächlich pro Jahr einnehmen.

In den USA klagen die staatlichen Universitäten bis hin zu einer so renommierten Universität wie der University of California in Berkeley heftig darüber, dass ihnen die reichen Privatuniversitäten einen Aufrüstungskampf bei gleichzeitigem Abbau staatlicher Finanzierung aufherrschen, der sie in wachsende Abhängigkeit von privaten Sponsoren treibt, wenn sie dem finanziellen Ruin und dem Versinken in der Bedeutungslosigkeit entgehen wollen. Beim ersten Ranking von US News World Report im Jahre 1987 befanden sich neben 15 privaten immerhin noch fünf staatliche Universitäten unter den ersten 20, davon am besten platziert die UC Berkeley auf Rang 5. Im Jahr 2010 war keine staatliche Universität mehr unter den ersten 20, die UC Berkeley war auf Rang 21 abgerutscht. Deshalb streben die staatlichen Universitäten verstärkt nach steigenden Einnahmen von privater Seite, um die Defizite aufgrund stagnierender oder sogar schrumpfender staatlicher Finanzierung auszugleichen (Archibald, Feldman 2011: 237).

Die UC Berkeley war Ende der 1990er Jahre in der Tat Schauplatz von heftigen Debatten über einen Deal über 25 Millionen \$ mit dem Pharma-Konzern Novartis (Washburn 2005), der knapp zehn Jahre später von einem 500 Millionen Deal mit BP weit übertrumpft wurde. Wendy Brown (2009), die Politische Theorie – eine im akademischen Shareholder-Kapitalismus vom Aussterben bedrohte Spezies – an der UC Berkeley lehrt, hat

dieses Dilemma in einer Rede gegen die wachsende Privatisierung ihrer Universität prägnant in zehn Punkten zusammengefasst: Sie beklagt 1. den sich verengenden Zugang zu ihrer Universität für breite Schichten der Bevölkerung infolge erhöhter Studiengebühren, 2. die zunehmende Ungleichheit zwischen Universitäten, Disziplinen und Wissenschaftler*innen, 3. die Aussortierung von allem, was sich nicht unternehmerisch verwerten lässt, 4. die Verdrängung der freien Grundlagenforschung durch die ökonomisch verwertbare angewandte Forschung, 5. die Unterwerfung der Forschung unter industrielle Interessen, 6. die Einschränkung der akademischen Freiheit im Interesse der Gewinnung von privaten Sponsoren, 7. die wachsende Ausbeutung akademischer Arbeit im Interesse der Kapitalakkumulation, 8. die Orientierung der Forschung an privaten Interessen statt kollektiv geteilten Werten, 9. die Ersetzung geteilter Governance durch die Macht des Universitätsmanagements und 10. die Verdrängung der Persönlichkeitsbildung durch »efficient instructional delivery systems« zur Generierung von Humankapital.

2.2 Forschungs- und Hochschulpolitik im Zirkel politischer Selbstreferenz

Aus einer konsequent systemtheoretischen Perspektive ist es in einer funktional differenzierten Gesellschaft gar nicht möglich, dass die Politik die Wissenschaft im Sinne der Wissenschaft und ihres Fortschritts steuert (Luhmann 1986). Eingeschlossen in den Zirkel der politischen Selbstreferenz steuert sich die Politik mit der Exzellenzstrategie nur selbst. Das Erfolgskriterium der Politik ist nicht der Fortschritt der Erkenntnis, sondern die mediale Zurechnung gut sichtbarer kurzfristiger Erfolge zwecks Gewinnung der Wählermehrheit. Das gilt selbstverständlich auch für die Exzellenzstrategie. Sie ist Politik für die Politik durch Politik und sendet an das Wissenschaftssystem mit ihrem Geldsegen nur Impulse, die dort auf vorhandene Strukturen treffen. Und solange diese Strukturen so innovationsfeindlich sind, wie es sich angesichts eines Verhältnisses von 85% Mitarbeitern und 15% Professoren an den deutschen Universitäten darstellt, produzieren die jährlich zufließenden 533 Millionen € an Exzellenzgeldern in der Tat nur mehr vom Gleichen, statt Neues hervorzubringen.

Wissenschaftlich kann die Exzellenzinitiative deshalb grundsätzlich kein Erfolg sein. Wenn sie von Politikern und Funktionären trotzdem als Erfolg gefeiert wird, dann bringt das nur zum Ausdruck, dass es auch gar nicht um den wissenschaftlichen, sondern um den politischen Erfolg geht. Die

immer wieder betonte Erhöhung der Sichtbarkeit von Spitzenforschung in Deutschland durch die Exzellenzinitiative ist ein politisches und kein wissenschaftliches Erfolgskriterium. Sie bedeutet, dass ausgewählten Universitäten wie im längst von McKinsey für Wirtschaftsunternehmen ausgerufenen »global war for talents« durch erhöhte Sichtbarkeit ein Wettbewerbsvorteil gegeben wird. Dieser Wettbewerb um die ›besten Köpfe‹ ist jedoch die heteronome politische Seite der Wissenschaft, auf der es um die zirkuläre Akkumulation von Geld und Prestige geht (vgl. Bourdieu 1975). Sie dominiert zunehmend über die autonome wissenschaftliche Seite der offenen und uneigennützigen Suche von Forscherinnen und Forschern nach neuen Erkenntnissen. Das ist gut für Harvard & Co., aber nicht für die Wissenschaft, weil eine breitere Streuung der Harvard-Milliarden für mehr Wettbewerb, Offenheit und Produktivität sorgen würde, genauso wie die Spieler auf der Ersatzbank von FC Barcelona, Real Madrid, FC Bayern München & Co. den Fußball auf der ganzen Welt bereichern und dort für mitreißende Spiele sorgen könnten, wenn sie bei anderen Vereinen auf dem Feld stehen würden. Auch die Wissenschaft würde von einer breiteren Streuung der Talente über die Welt und aus deren frühzeitiger Entlassung aus der Gefangenschaft in riesigen Forschungsverbünden profitieren, die von Wissenschaftlern geleitet werden, die zu systematisch Kapital akkumulierenden Forschungsmanagern mutiert sind und für die von Diane Reay (2014) beschriebene wachsende Kluft zwischen Kapital und Arbeit im akademischen Feld sorgen.

Politisch haben die Verantwortlichen für die Exzellenzstrategie jedoch alles richtig gemacht. Internationale Rankings von Universitäten wie das Shanghai-Ranking oder das Times-Higher-Education-Ranking definieren die Situation, an der sich die Hochschul- und Forschungspolitik zu orientieren hat, weil die Medien diese Rankings zum Erfolgsmaßstab gemacht haben. Die Rankings haben einen Prestigekampf etabliert, an dem keine Regierung vorbeikommt (vgl. Heintz, Werron 2011). Der Erfolg der Hochschul- und Forschungspolitik bemisst sich unter dem Regime der Rankings in erster Linie daran, welche Universitäten ganz vorne in diesen Ranglisten stehen. Die deutsche Hochschul- und Forschungspolitik ist dadurch massiv in Bedrängnis geraten. Die Erfolge ihrer vielen außeruniversitären Institute, insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft, zählen in diesem Wettbewerb nämlich gar nicht. Deshalb ist man neuerdings sehr darum bemüht, diese Institute mit Universitäten kooperieren zu lassen, damit ihre Publikationen den Universitäten zugerechnet werden können, sodass diese mehr

Punkte für die internationalen Rankings sammeln können. Was jahrzehntelange Kritik an der Trennung der außeruniversitären Forschung von der universitären Lehre nicht bewirken konnte, haben die internationalen Rankings über Nacht ganz nach oben auf die politische Agenda gesetzt. Ihre Definitionsmacht impliziert, dass alle Aufmerksamkeit den Plätzen an der Spitze gehört. Jenseits von Platz 50 befindet man sich schon in der Kategorie der Nachrangigkeit, weil die mediale Aufmerksamkeit wie bei jedem Wettkampf allein den Siegern gehört.

Abgesehen davon, dass die Exzellenzgelder an der Hegemonie von Harvard & Co. nichts ändern und deshalb nicht den erwünschten Erfolg bringen werden, ist das Programm aber auf jeden Fall ein politischer Erfolg, und zwar auch in dem Sinne, dass es die Bedingungen der Aufmerksamkeitserzeugung in der Mediendemokratie in vollem Umfang erfüllt. Für die Medien ist Sichtbarkeits der entscheidende Faktor des Erfolgs. Einfach die Grundausstattung der Universitäten zu erhöhen, dafür zu sorgen, dass jedes Fachgebiet an möglichst vielen Standorten mit der materiell erforderlichen kritischen Masse an Grundmitteln ausgestattet wird, und die Oligarchie der Lehrstuhlinhaber durch die Umwandlung von Mitarbeiterstellen in Tenure-Track-Juniorprofessuren zu beseitigen, womit Forschung und Lehre viel mehr als durch die Exzellenzstrategie gedient wäre, bringt keine besondere mediale Aufmerksamkeit. Eine florierende Wissenschaft über die ganze Republik gestreut lässt sich medial nicht so gut verkaufen wie ein Bundesliga-Wettbewerb als Unterbau der vom Shanghai-Ranking organisierten internationalen Champions League.

Allerdings wird es mit dem medialen Interesse bald vorbei sein, wenn Jahr für Jahr dieselben Sieger gekürt werden. Es muss dann der Starkult an die Stelle des Wettbewerbs treten, wie es sich in der Fußball-Champions-League beobachten lässt. Ähnliches gilt für die mediale Inszenierung der Wissenschaft. Sie befeuert einen Starkult, der vollkommen verkennt, dass der Erkenntnisfortschritt aus der fortlaufenden Generierung von Hypothesen und ihrer Verwerfung resultiert, woran eine Vielzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beteiligt sind, selbst dann, wenn am Ende eine Person mit einem Preis für eine Entdeckung bedacht wird. Dass die Inszenierung des Wettbewerbs um die besten Köpfet insbesondere auf Kosten zahlloser Nachwuchswissenschaftler in prekärer Beschäftigung unter der Regie von Managern einer industriellen Massenproduktion und auf Kosten der Erneuerungsfähigkeit der Wissenschaft geschieht, wird im Ne-

bel des Exzellenzhypes nicht bemerkt. Die Medien selbst leben davon und können deshalb kaum noch kritische Distanz dazu wahren.

Dass die Forschungs- und Hochschulpolitik für solche institutionellen Feinheiten blind geworden ist, liegt an der globalen Agenda neoliberaler Gouvernementalität, die alle Lebensbereiche ein- und demselben Muster unterwirft (Foucault 2006). Politiker und Funktionäre, die diese Agenda umsetzen, tun schlicht das, was politisch opportun ist und von der globalen Agenda das Siegel der Legitimität erhält, unabhängig davon, ob es Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft hilft oder nicht. Sie können nicht anders handeln. Sie sind Gefangene einer globalen Agenda, die weder auf Funktionalitäten noch auf kulturelle Besonderheiten Rücksicht nimmt. Auch darin zeigt sich, dass der Erfolg der Exzellenzinitiative im Sinne der Selbstreferenz des politischen Systems ein politischer ist.

3. Die amerikanische Universität: Entwicklungsdynamik jenseits der Differenzierung in Elite und Masse

Frei nach den von einem ehemaligen Vorstand von General Motors, Charles Erwin Wilson, nicht ganz korrekt kolportierten Worten, handeln die Protagonisten der Exzellenzstrategie nach dem simplen Prinzip »Was für Harvard gut ist, das ist gut für Amerika« bzw. »Was für die TUM gut ist, das ist gut für Deutschland«. Das ist natürlich ein Fehlschluss, weil ein so großer Reichtum einer Universität eine eklatante Überinvestition zu Lasten vieler anderer unterinvestierter Universitäten ist. Was gut ist für die Steigerung des Reichtums und des Prestiges einer Organisation, ist schlecht für die Leistungsfähigkeit des gesamten Systems, letztlich weltweit der Wissenschaft insgesamt, wenn andere Wettbewerber dadurch systematisch benachteiligt werden. Die Exzellenzstrategie von Bund und Ländern hat sich ausgerechnet jene Struktur des amerikanischen Wissenschaftssystems als Vorbild ausgesucht, die gerade nicht dessen Beitrag zur Entwicklungsdynamik der Wissenschaft als globales System ausmacht: die Differenzierung in Elite und Masse, Zentrum und Peripherie. Bis dieses Ziel erreicht ist, muss allerdings noch für längere Zeit mehr Exzellenz beansprucht werden, als wirklich vorhanden ist. Zu einer Eliteeinrichtung wird eine Universität im Laufe von jahrzehntelanger Aufbauarbeit und nicht per Dekret und medialer Inszenierung. Ohne diese in langer Arbeit geschaffene Substanz wirkt ein »Exzellenz«-Titel auf der Universitäts-Homepage oder auf der Fußleiste einer Powerpoint-Präsentation nur peinlich. Im Fahrwasser dieses Strebens nach »Exzellenz« werden jedoch die eigentlichen Stärken des amerikanischen Wissenschaftssystems systematisch ignoriert, die neben dessen schierer Größe und Hegemonie dessen globale Überlegenheit ausmachen und die schon Joseph Ben-David (1984) identifiziert hat:

- (1) Das Department mit 20 bis 40 Professorinnen bzw. Professoren zum Beispiel im Fach Soziologie an den amerikanischen Forschungsuniversitäten mit einem Ph.D. Programm erlaubt es, jede Ausdifferenzierung neuer Forschungsgebiete auf Professorenebene zu institutionalisieren und weiter voranzutreiben und vielfältige Zusammenarbeit in interdisziplinären Forschungszentren zu fördern. Im deutschen Lehrstuhlsystem mit in der Regel fünf bis sechs Professorinnen bzw. Professoren im Fach Soziologie - abgesehen von der Bielefelder Fakultät für Soziologie - haben neue Forschungsgebiete überhaupt keine Chance, sich zu entfalten, weil dafür gar keine Professuren eingerichtet werden können. Bleiben wir bei der Soziologie als Beispiel, so können wir feststellen, dass etwa die Wirtschaftssoziologie, die Wissenschaftssoziologie, die Migrationssoziologie oder die historische Soziologie in den USA prächtig florieren, aber nicht in Deutschland. In den USA gibt es dafür genügend Professorenstellen, in Deutschland nicht. So einfach ist das. Das gilt in gleicher Weise für jede andere wissenschaftliche Disziplin.
- (2) Das Graduiertenstudium an jedem Department und nicht nur an ein paar Graduiertenschulen integriert Forschung und Lehre auf dem Niveau, auf dem sich beide wechselseitig befruchten und für die ständige Erneuerung des Wissens sorgen. Die Doktorandinnen und Doktoranden arbeiten selbständig und sind nicht Diener eines Herrn bzw. einer Herrin. Nur so können sie treibende Kraft der Erneuerung und des Erkenntnisfortschritts sein.
- (3) Dazu gehört auch, dass in den USA weit mehr als in Deutschland die Forschung in den Universitäten in enger Verknüpfung mit dem Graduiertenstudium betrieben wird und viel weniger auf außeruniversitäre Forschungsinstitute ausgelagert ist. Das befördert die schnelle Umsetzung der Forschung in Lehre und ihre Weiterführung durch den wissenschaftlichen Nachwuchs, für den das Departmentsystem weit bessere Karrierechancen bietet als das Lehrstuhlsystem und die Trennung von universitärer Lehre und außeruniversitärer Forschung, sodass die von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingebrachten Neuerungen auch systematisch Fuß fassen können. Das ist ein gewaltiger Unterschied zu den oligar-

chischen Strukturen des deutschen Lehrstuhlsystems und zur weitgehenden Trennung von Forschung und Lehre zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstituten sowie mit der enorm gewachsenen Drittmittelforschung zunehmend auch innerhalb der Universitäten. Es ist genau der Unterschied, der den Vorteil der USA gegenüber Deutschland ausmacht. Die Oligarchie der Lehrstühle sorgt dagegen in Deutschland dafür, dass die genuin in der Jugend steckende Innovationskraft gar nicht zur Entfaltung gelangen kann, weil der weitaus größte Teil der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler systematisch von der Professur ausgeschlossen wird und die wenigen, die es im viel zu hohen Alter von 41 Jahren und mehr endlich geschafft haben, auf dem Wege dorthin alle Innovationskraft verloren haben.

(4) Ein weiterer struktureller Vorteil der USA ist wie in diesem einen Fall auch in Deutschland der föderale Pluralismus, der gewährleistet, dass trotz aller Stratifikation immer noch 150 sogenannte Forschungsuniversitäten zumindest in einigen Fächern über genügend kritische Masse verfügen, um im Wettbewerb wenigstens einigermaßen mithalten zu können, wenn man einmal die Auflistung unter den ersten 500 Universitäten des Shanghai-Rankings als Maßstab verwenden möchte. Wir wissen, dass ein multipolares System mit einer größeren Zahl gleichrangiger Wettbewerber allemal leistungsfähiger ist als ein unipolares, in Elite und Masse, Zentrum und Peripherie differenziertes System. Das beweist innerhalb Deutschlands schon ein einfacher Vergleich zwischen Baden-Württemberg und Bayern, die über die gleiche Bevölkerungsgröße, die gleiche Zahl an Universitäten und die gleiche Zahl an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verfügen. Das historisch bedingt multipolare Baden-Württemberg schneidet gegenüber dem historisch bedingt unipolaren Bayern beim Shanghai-Ranking, bei der Förderung durch die DFG und bei der Exzellenzinitiative deutlich besser ab (Münch 2014: 173 ff.).

Es sind nicht der mangelnde Reichtum und die zu geringe Heraushebung von TUM & Co. aus der Masse der übrigen Universitäten im Vergleich zu MIT & Co., sondern genau diese strukturellen Eigenarten, die neben der schieren Größe und der hegemonialen Stellung die Überlegenheit des amerikanischen Wissenschaftssystems im Vergleich zum deutschen ausmachen. Das wird auch so bleiben, solange Politiker und Funktionäre glauben, mit ein paar Millionen Euro für die akademische Oligarchie den Vorsprung der USA aufholen zu können. Nein, die Exzellenzgelder verfestigen sogar diese Oligarchie massiv und führen zu einer syste-

matischen Verschlechterung der Verhältnisse, statt sie zu verbessern. Geschuldet ist das der fatalen Allianz von New-Public-Management (NPM)beseelten Modernisierern mit der uralten Oligarchie der Lehrstuhlinhaber und Institutsdirektoren und der konzentrierten Macht der Großstandorte und großen außeruniversitären Forschungsgemeinschaften in der Hochschul- und Forschungspolitik. Die Exzellenzstrategie von Bund und Ländern treibt die Oligarchie der Lehrstuhlinhaber noch auf die Spitze, indem ihnen massenhaft weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstellt werden. Von der flächendeckenden Integration von Forschung und Lehre in einem Graduiertenstudium ist man so weit entfernt wie eh und je. Und dort, wo es punktuell eingeführt wird – zum Beispiel als Graduiertenkolleg oder als Teil eines Exzellenzclusters -, geschieht dies in Angleichung an die tief in der Tradition verwurzelte Oligarchie und mit bürokratischen Kontrollen, die Kreativität nicht fördern, sondern im Keime ersticken. Die einzelnen Kooperationen zwischen Universitäten und außeruniversitären Instituten in Exzellenzclustern heben die weitgehende Trennung von Forschung und Lehre im gesamten System nicht auf. Die wuchernde Drittmittelforschung hat vielmehr die Trennung von Forschung und Lehre in die Universitäten selbst hineingetragen. Und der Föderalismus als die in Deutschland ähnlich wie in den USA Vielfalt und Erneuerungsfähigkeit ermöglichende Struktur wird mit der Exzellenzstrategie ausgehöhlt und in seiner Wirksamkeit eingeschränkt.

Schlussbemerkungen

Von einer Politik, die ihre Legitimität aus der Nachahmung globaler Trends gewinnt und auf mediale Aufmerksamkeitserzeugung zugeschnitten ist, kann man keinen reflektierten Umgang mit den strukturellen Bedingungen des wissenschaftlichen Fortschritts erwarten. Dem Wissenschaftsrat käme jedoch die Aufgabe dieser Reflexion zu. Dass er es nicht tut, ist allerdings auch wieder nicht überraschend, weil er von den Repräsentanten der Großstandorte, großen Forschungsgemeinschaften und der Oligarchie beherrscht wird, die kein Interesse an der Veränderung des status quo, nämlich genau jener Strukturen haben können, deren Profiteure sie selbst sind, dies jedoch auf Kosten der massiven Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit von Forschung und Lehre in Deutschland. Vordergründige Er-

folgek der erhöhten medialen Sichtbarkeit von Exzellenze werden dafür sorgen, dass dieses Spiel so weiter betrieben wird wie bisher. Den Preis dafür zahlen die vielen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die mit den Exzellenzgeldern im Dienste ihrer Herren bzw. Herrinnen ausgebeutet werden, ohne in dem unangetastet belassenen System der Oligarchie eine Karrierechance zu haben, und die in ihrem Fortschritt auf Offenheit, ideale Sprechsituation und frühe Selbständigkeit angewiesene Wissenschaft, wie auch die davon abhängige Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt.

Literatur

- Baier, C. 2016: Reformen in Wissenschaft und Universität in feldtheoretischer Perspektive. Diss. rer. pol. Universität Bamberg.
- Ben-David, J. 1984 [1970]: The Scientist's Role in Society. Chicago: University of Chicago Press.
- Bourdieu, P. 1975: The Specificity of the Scientific Field and the Social Conditions of the Progress of Reason. Social Science Information, 14. Jg., Heft 6, 19–47.
- Brown, W. 2009: Save the University. www.youtube.com/watch?v=aR4xYBGdQgw, letzter Aufruf 16. Mai 2016.
- Brown, W. 2015a: The End of the Corporate University: What We Are Now. www.youtube.com/watch?v=Z5EWYohECRQ, letzter Aufruf 16. Mai 2016.
- Brown, W. 2015b: Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution. Cambridge, MA: The MIT Press.
- Cooper, M. 2009: Commercialization of the University and Problem Choice by Academic Biological Scientists. Science, Technology & Human Values, 34. Jg., Heft 5, 629–653.
- Donoghue, F. 2008: The Last Professors. The Entrepreneurial University and the Fate of the Humanities. New York: Fordham University Press.
- Engelen, E., Fernandez, R., Hendrikse, R., 2014: How Finance Penetrates its Other: A Cautionary Tale of the Financialization of a Dutch University. Antipode. A Radical Journal of Geography, 46. Jg., Heft 4, 1072–1091.
- Espeland, W.N., Sauder, M. 2007: Rankings and Reactivity. How Public Measures Recreate Social Worlds. American Journal of Sociology, 113. Jg., Heft 1, 1–40.
- Feyerabend, P.K. 1993 [1973]: Against Method. 3. Aufl. London: Verso.
- Foucault, M. 1977: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. 2006: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Frank, R.H., Cook, P.J. 2010: The Winner-Take-All Society. New York: Random House.
- Ginsberg, B. 2011: The Fall of the Faculty: The Rise of the All-Administrative University and Why It Matters. New York: Oxford University Press.
- Goffman, A. 2014: On the Run. Fugitive Live in an American City. Chicago: University of Chicago Press.
- Goffman, E. 1971 [1959]: The Presentation of Self in Everyday Life. Harmondsworth: Penguin Books.
- Habermas, J. 1971: Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In J. Habermas, N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? Frankfurt am Main: Suhrkamp, 101–141.
- Hacker, J.S., Pierson, P. 2011: Winner-Take-All Politics: How Washington Made the Rich Richer – and Turned its Back on the Middle Class. New York: Simon and Schuster.
- Hartmann, M. 2006: Die Exzellenzinitiative ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik. Leviathan, 34. Jg., Heft 4, 447–465.
- Hartmann, M. 2010: Die Exzellenzinitiative und ihre Folgen. Leviathan, 38. Jg., Heft 4, 369–387.
- Heinze, T., Shapira, P., Rogers, J.P., Senker, J.M. 2009: Organizational and Institutional Influences on Creativity in Scientific Research. Research Policy, 38. Jg., Heft 4, 610–623.
- Heintz, B., Werron, T. 2011: Wie ist Globalisierung möglich? Zur Entstehung globaler Vergleichshorizonte am Beispiel von Wissenschaft und Sport. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 63. Jg., Heft 3, 359–394.
- Jansen, D., Wald, A., Franke, K., Schmoch, U., Schubert, T. 2007: Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung. Zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 59. Jg., Heft 1, 125–149.
- Karabel, J. 2005: The Chosen. The Hidden History of Admission and Exclusion at Harvard, Yale and Princeton. Boston: Houghton Mifflin.
- Luhmann, N. 1986: Ökologische Kommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- MacKenzie, D., Muniesa, F., Siu, L. (Hg.) 2007: Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics. Princeton: Princeton University Press.
- Marx, K. 1968: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In Marx-Engels-Werke, Ergänzungsband, Teil I. Berlin: Dietz, 465–588.
- Marx, K. 1970 [1867]: Das Kapital, Bd. 1. Marx-Engels-Werke, Bd. 23. Berlin: Dietz.
- Merton, R.K. 1968: The Matthew-Effect in Science. Science 159. Jg., Heft 3810, 56–63.
- Münch, R. 2014: Academic Capitalism. Universities in the Global Struggle for Excellence. London, New York: Routledge.
- Reay, D. 2014: From Academic Freedom to Academic Capitalism. Discover Society. Measured Factual Critical. February 15, 2014, www.discoversociety.org, letzter Aufruf 16. Mai 2016.

- Schenker-Wicki, A. 2014: Exzellenz: Institutionelle Konzepte. In Österreichischer Wissenschaftsrat (Hg.), Exzellenz in der Wissenschaft. Österreich im internationalen Vergleich. Wien, 13–29.
- Slaughter, S., Rhoades, G. 2004: Academic Capitalism and the New Economy. Markets, State, and Higher Education. Baltimore, London: Johns Hopkins University Press.
- Tuchman, G. 2009: Wannabe U: Inside the Corporate University. Chicago, London: University of Chicago Press.
- Vallas, S.P., Kleinman, D.L. 2009: Contradiction, Convergence and the Knowledge Economy: The Confluence of Academic and Commercial Biotechnology. Socio-Economic Review, 6. Jg., Heft 2, 283–311.
- Washburn, J. 2005: University, Inc.: The Corporate Corruption of American Higher Education. New York: Basic Books.